

Schäfer, Dorothea

**Article**

## Banken: Leverage Ratio ist das bessere Risikomaß

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Schäfer, Dorothea (2011) : Banken: Leverage Ratio ist das bessere Risikomaß, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 78, Iss. 46, pp. 11-17

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152225>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Banken: Leverage Ratio ist das bessere Risikomaß

Von Dorothea Schäfer

Eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Großbanken ist die wichtigste Voraussetzung für die Bildung von Vertrauen in die Stabilität des Bankensektors. Die risikogewichtete Eigenkapitalquote (Equity Ratio) ist mit zahlreichen Problemen behaftet und daher als Indikator für die Widerstandskraft einer Bank nur sehr bedingt geeignet. Eine bessere, risikounabhängige Kennziffer stellt die Leverage Ratio dar. Sie schafft Vergleichbarkeit zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft beim Risikomaß Eigenkapitalquote und erhöht damit die Transparenz in Bezug auf die Risikoposition einer Bank. Für ihre Berechnung sind weder aufwendige interne Risikogewichtungsmodelle notwendig, noch benötigt man das Urteil von externen Rating-Agenturen. Die Leverage Ratio diskriminiert nicht zwischen unterschiedlichen Anlageformen, also auch nicht zwischen Unternehmenskrediten und Staatsanleihekäufen. Zudem bremst sie das Bilanzwachstum und leistet dadurch einen Beitrag zur Eingrenzung des „too big to fail“-Problems.

Die Funktion des Eigenkapitals einer Bank besteht darin, die bei einem Ausfall auftretenden Verluste als erstes zu tragen. Erst wenn das Eigenkapital vollkommen aufgebraucht ist, werden die Fremdkapitalgeber herangezogen. Die Position der Gläubiger einer Bank ist folglich umso sicherer, je stärker das Eigenkapital im Vergleich zum Fremdkapital ins Gewicht fällt. In der Regulierung von Banken im Rahmen von Basel III spielen zwei Größen eine wichtige Rolle – Equity Ratio und Leverage Ratio.<sup>1</sup> Diese beiden Begriffe stehen für unterschiedliche Eigenkapitalquoten. Während es sich bei der Equity Ratio um eine risikoangepasste Eigenkapitalquote handelt, ist die Leverage Ratio risikounabhängig. Bei der Leverage Ratio wird das Eigenkapital ins Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme gesetzt.<sup>2</sup> Die Leverage Ratio im Bankensektor entspricht damit der Eigenkapitalquote, wie sie üblicherweise in der Realwirtschaft verwendet wird. Der Baseler Ausschuss hat die Leverage Ratio neu in das Regelwerk zu Basel III aufgenommen, das ab 2013 schrittweise in Kraft treten soll.<sup>3</sup> Momentan gibt es für Banken keine verbindliche Eigenkapitalvorschrift, die sich auf die gesamte Bankbilanz bezieht. Bei der zurzeit zentralen Stellschraube des Baseler Regelwerks, der Equity Ratio, wird das Eigenkapital auf der Passivseite der Bankbilanz ins Verhältnis zu den risikogewichteten Vermögenswerten auf der Aktivseite gesetzt. Letztere stellen nur einen Teil der gesamten Bilanzsumme dar. Zu den risikogewichteten Vermögenswerten zäh-

<sup>1</sup> Siehe auch Impulsreferat "Equity Ratio und Leverage Ratio" von Dorothea Schäfer im Rahmen der Konferenz der Humboldt-Viadrina School of Governance „Finanzmärkte oder Politik – Wer hat die Oberhand?“ am 24. Oktober 2011, [www.humboldtviadrina.org/politische-plattform/trialog-zur-finanzmarktreform/konferenz-finanzmaerkte-oder-politik-wer-hat-die-oberhand/](http://www.humboldtviadrina.org/politische-plattform/trialog-zur-finanzmarktreform/konferenz-finanzmaerkte-oder-politik-wer-hat-die-oberhand/).

<sup>2</sup> Gegebenenfalls muss die Bilanzsumme noch um außerbilanzielle Geschäfte ergänzt werden. Oft werden solche Geschäfte nur getätigt, um die Bilanz zu einem Stichtag schlanker aussehen zu lassen. Das erreicht man zum Beispiel mit sogenannten REPO-Geschäften. Das sind Verkaufsgeschäfte mit Rückkaufvereinbarung. Man verkauft zum Beispiel eine Staatsanleihe und vereinbart gleichzeitig ihren Rückkauf. Von Lehman Brothers ist zum Beispiel bekannt, dass das Volumen der außerbilanziellen Geschäfte sogar höher war als die eigentliche Bilanzsumme von etwa 690 Milliarden Dollar.

<sup>3</sup> Vgl. Basel III: International framework for liquidity risk measurement, standards and monitoring. [www.bis.org/publ/bcbs188.htm](http://www.bis.org/publ/bcbs188.htm).

len beispielsweise Unternehmenskredite oder private und gewerbliche Immobilienkredite. Bei Vergabe solcher Kredite muss die Bank Eigenkapital nachweisen können. Die Höhe richtet sich nach dem Risikogewicht des Kredits. Benutzt die Bank beispielsweise den Standardansatz und liegt das Rating des Unternehmens im Triple-B-Bereich, beträgt das Risikogewicht 100 Prozent (Tabelle 1). Daraus ergibt sich die volle Eigenkapitalunterlegungspflicht von acht Prozent. Das heißt, für einen Kredit in Höhe von einer Million Euro sind 80 000 Euro Eigenkapital nachzuweisen. Anders ausgedrückt, die Bank finanziert den Kredit mit 80 000 Euro aus eigenen Mitteln, der Rest von 920 000 Euro kommt von Fremdkapitalgebern, zum Beispiel von Sparern oder Käufern von Bankanleihen.

Daneben investieren Banken auch in Vermögenswerte mit einem Risikogewicht von null. Basel III stellt Staatsanleihen aus Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von der Risikogewichtung frei. Kauft eine Bank Staatsanleihen aus der Eurozone, kann sie dies auch nach Basel II, also nach dem derzeit noch gültigen Stand der Regulierung zu 100 Prozent fremdfinanzieren. Ein Eigenkapitalpuffer ist dafür nicht vorgesehen. Zwar gibt es mittlerweile auf Aufsichts- und Regierungsebene Bestrebungen, Staatsanleihen generell mit Risikogewichten zu versehen, also auch das ursprünglich geplante Risikogewicht von null in Basel III für Staatsanleihen von OECD-Ländern nicht umzusetzen. Diese sind jedoch noch in einem sehr frühen Stadium.<sup>4</sup>

Da sich die Equity Ratio nur auf den Teil der Aktiva mit positiven Risikogewichten und nicht auf die ganze Bilanz bezieht, ist ihr Wert üblicherweise größer als der Wert der Leverage Ratio.<sup>5</sup> Wegen des gänzlich anderen Verständnisses einer Eigenkapitalquote in der Realwirtschaft wird ausserhalb des Bankensektors fälschlicherweise oft angenommen, hinter der Equity Ratio verberge sich das Verhältnis von Eigenkapital zu Bilanzsumme. Diese Annahme führt naturgemäß zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Hebelung der Bankbilanzen.

<sup>4</sup> So spricht sich neuerdings der Vorsitzende des Baseler Bankenausschusses, der schwedische Reichsbankgouverneur Stefan Ingves, dafür aus, Staatsanleihen von OECD-Ländern mit Eigenkapital zu unterlegen. Auch die Koalition erwägt mittlerweile eine Aufhebung der Freistellung von bestimmten Staatsanleihen beim Risikogewicht, Financial Times Deutschland, 10. November 2011, 15.

<sup>5</sup> Nur selten sind das Volumen der risikogewichteten Aktiva und die Bilanzsumme identisch. In diesen seltenen Fällen entsprechen sich die Leverage Ratio und die harte Kernkapitalquote, falls erstere ebenfalls auf das harte Kernkapital bezogen ist.

Tabelle 1

**Risikogewichte im Standardansatz**

In Prozent

Rating	Staaten	Banken		Nichtbanken
		Option 1	Option 2	
AAA bis AA-	0	20	20	20
A+ bis A-	20	50	50	50
BBB+ bis BBB-	50	100	50	100
BB+ bis BB-	100	100	100	100
B+ bis B-	100	100	100	150
unter B-	150	150	150	150
ohne Rating	100	100	50	100

Quelle: Deutsche Bundesbank – Monatsbericht September 2004.

© DIW Berlin 2011

Aktiva mit einem Rating von AAA bis AA- tauchen bei den risikogewichteten Aktiva zu einem Fünftel auf.

**European Banking Authority:  
Hartes Kernkapital entscheidend  
für Risikotragfähigkeit**

Das Baseler Regelwerk arbeitet mit unterschiedlichen Eigenkapitalbegriffen – dem harten Kernkapital, dem Kernkapital und dem sogenannten Ergänzungskapital – und damit auch mit drei risikogewichteten Eigenkapitalquoten. Folgt man der Philosophie der Europäischen Bankenaufsicht EBA, besitzt nur das harte Kernkapital ausreichende Risikotragfähigkeit, steht also im Ernstfall zu 100 Prozent und unbestritten zur Verfügung, um Verluste zu tragen. Hartes Kernkapital ist im Wesentlichen gezeichnetes Kapital und Rücklagen, nicht aber „hybrides Kapital“ und/oder stille Einlagen. Letztere sind vor allem in Deutschlands Bankensektor weit verbreitet. Eine Equity Ratio, definiert als das Verhältnis von eigenen Aktien und einbehaltenen Gewinnen zu risikogewichteten Vermögenswerten, ist gleichbedeutend mit der harten Kernkapitalquote. Der letzte reguläre Stresstest im Sommer 2011 wie auch der jetzt im Vorfeld der Brüsseler Gipfelbeschlüsse zur Sanierung von Griechenland durchgeführte Ad-hoc-Stresstest sind ausschließlich auf die harte Kernkapitalquote ausgelegt. Im Sommer 2011 galt der Test als bestanden, wenn die Banken für 2011 und 2012 in den verschiedenen Stressszenarien eine Kernkapitalquote von mindestens fünf Prozent erreichten. Im jetzigen Ad-hoc-Stresstest mussten die 70 beteiligten Großbanken trotz Marktwertabschreibungen auf Staatsanleihen eine harte Kernkapitalquote von mindestens neun Prozent erreichen.<sup>6</sup> Im

<sup>6</sup> Siehe die Veröffentlichung der EBA vom 26. Oktober 2011: Capital buffers for addressing market concerns over sovereign exposures – Methodological Note. [www.eba.europa.eu/cebs/media/aboutus/News%20and%20Communications/Sovereign-capitals-shortfall\\_Methodology-FINAL.pdf](http://www.eba.europa.eu/cebs/media/aboutus/News%20and%20Communications/Sovereign-capitals-shortfall_Methodology-FINAL.pdf).

Vergleich dazu verlangt Basel III eine überraschend niedrige Kernkapitalquote. Allen Banken wird ab 2015 eine harte Kernkapitalquote von 4,5 Prozent abverlangt.<sup>7</sup> Das noch geltende Basel-II-Regime verlangt sogar nur eine harte Kernkapitalquote von zwei Prozent.

Für die Leverage Ratio ist in Basel III eine Mindestmarke von drei Prozent vorgesehen. Das heißt die Leverage-Begrenzung der Bilanzsumme soll auf das 33,3-fache des gesamten Kernkapitals festgesetzt werden. Allerdings wird hier nicht das harte Kernkapital zur Berechnung herangezogen, sondern das Kernkapital, also hartes Kernkapital plus Mischformen aus Eigen- und Fremdkapital („hybrides Kapital“) und stille Einlagen.<sup>8</sup>

Damit die Leverage Ratio für die Fremdkapitalgeber möglichst aussagekräftig ist, sollte der von der EBA eingeführte Maßstab für die Risikotragfähigkeit von Eigenkapital auch auf die Leverage Ratio angewandt werden. Das heißt, Grundlage für die Berechnung der Leverage-Ratio sollte ausschließlich das harte Kernkapital, und nicht wie in Basel III geplant, das Kernkapital sein.

## Equity Ratio und Leverage Ratio bei deutschen Großbanken

Großbanken sind jene systemrelevanten Banken, von denen die Gefahr eines Dominoeffektes ausgeht, wenn sie ins Straucheln geraten. Gleichzeitig sind Großbanken grenzüberschreitend tätig, indem sie zum Beispiel ihre Geschäfte über ausländische Tochtergesellschaften abwickeln. Um die Höhe von Equity und Leverage Ratio im deutschen Bankensektor zu berechnen, wird üblicherweise auf Zahlen der Bundesbank zurückgegriffen.<sup>9</sup> Diese umfassen nur den einheimischen Teil der Bilanzen der Banken. Das heißt, sie lassen die Bilanzen der grenzüberschreitend tätigen Banken systematisch zu klein erscheinen. Dementsprechend sehen die Leverage-Ratios für deutsche Großbanken, berechnet mit den Bundesbankzahlen, zu groß aus.

Demgegenüber umfassen die Stresstest-Zahlen die gesamte Bilanz der Banken und nicht nur den einheimischen Teil. Im Folgenden wird daher bei den quantitativen Angaben auf die Zahlen der zehn größten deutschen Banken zurückgegriffen, die am Sommer-Stresstest

teilgenommen haben.<sup>10</sup> Bei der Berechnung der Equity Ratio und der Leverage Ratio wird jeweils das harte Kernkapital herangezogen. Das heißt, im Zähler der beiden Quoten stehen das gezeichnete Kapital und die Rücklagen, nicht aber das „hybride Kapital“ oder stille Einlagen.

Mit den Zahlen von 2010 errechnet sich eine durchschnittliche Equity Ratio bei den zehn größten getesteten deutschen Banken von neuneneinviertel Prozent (Tabellen 2 und 3). Die auf das harte Kernkapital bezogene Leverage Ratio lag bei etwas mehr als zweieinviertel Prozent. Abhängig vom jeweiligen Stresstest-Szenario liegt die Equity Ratio der deutschen Großbanken um das Drei- bis Vierfache höher als die Leverage Ratio. Während die Zahl von mehr als neun Prozent nach einer vergleichsweise soliden Eigenkapitalausstattung klingt, lässt die zweite Zahl eher Erinnerungen an extrem gehebelte Hedgefonds aufkommen.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Quoten ist umso größer, je kleiner der Ausschütt der risikogewichteten Vermögenswerte in der gesamten Bilanz ist. Bei den deutschen Großbanken umfassten die risikogewichteten Assets je nach Stresstest-Szenario ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Bilanzsumme. Das heißt, die deutschen Banken haben fremdfinanziert in erheblichem Maße in Vermögenswerte mit einem Risikogewicht von null, vorzugsweise vermutlich in EU-Staatsanleihen, investiert.

Fremdkapitalfinanzierung erhöht die Eigenkapitalrendite, wenn die Gesamrendite höher ist als der Zinssatz für Fremdkapital. Daher ist fremdfinanziertes Bilanzwachstum in guten Zeiten sehr attraktiv. Eine Eigenkapitalrendite von zum Beispiel 25 Prozent lässt sich umso leichter erreichen, je geringer das vorhandene Eigenkapital ist. Wird beispielsweise das Boni-System einer Bank mit der erzielten Eigenkapitalrendite verknüpft, hat das Management nicht nur einen Anreiz, höhere Risiken einzugehen, um den im Zähler stehenden Gewinn zu steigern, zusätzlich besteht auch der Drang, den Nenner, also die Höhe des Eigenkapitals klein zu halten.

Dieser als Leverage-Effekt bekannte Zusammenhang kann jedoch auch Brandbeschleuniger sein. Kehren sich die Verhältnisse um, so dass die Gesamrendite unterhalb des Kredit- und Anleihezinssatzes liegt, wird die entsprechend dünne Eigenkapitaldecke sehr schnell aufgezehrt.

<sup>7</sup> Hinzu kommt ein Krisenpuffer, der ab 2016 aufgebaut werden soll und schließlich ab Januar 2019 zweieinhalb Prozent betragen soll.

<sup>8</sup> Die Banken müssen ab dem 1. Januar 2015 die Leverage Ratio publizieren. Jedoch soll diese erst ab 1. Januar 2018 Bestandteil der Mindestanforderungen (Säule 1) sein.

<sup>9</sup> Binder, S., Schäfer, D. (2011): Banken werden immer größer. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 32/2011.

<sup>10</sup> Die Daten der 70 Banken im Ad-hoc-Stresstest, der im Vorfeld der Brüsseler Beschlüsse vom 26. Oktober 2011 durchgeführt wurde, sind bislang nicht veröffentlicht.

Tabelle 2

**Equity Ratio, Leverage Ratio und Kapitalbedarf<sup>1</sup> – Baseline-Szenarien**

In Millionen Euro

	Kernkapital (Core-Tier)	Bilanzsumme (Total Assets)	Risikogewichtete Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA)	Bei einem Leverage von fünf Prozent		Tatsächliches Leverage in Prozent	Harte Kern- kapitalquote in Prozent	Bei harter Kernkapital- quote von neun Prozent		Risikogewichtete Aktiva im Verhältnis zur Bilanzsumme in Prozent
				Notwendiges Kernkapital	Kapital- bedarf			Notwendiges Kernkapital	Kapital- bedarf	
<b>Stichtag (Daten 2010)</b>										
Deutsche Bank	30 361	1 905 630	346 608	95 282	64 921	1,59	8,76	31 195	834	18,19
Commerzbank	26 728	771 201	267 500	38 560	11 832	3,47	9,99	24 075	-	34,69
LBBW	9 838	374 413	120 697	18 721	8 883	2,63	8,15	10 863	1 025	32,24
HRE-Gruppe	5 539	328 119	19 487	16 406	10 867	1,69	28,42	1 754	-	5,94
DZ Bank AG	7 299	323 578	88 689	16 179	8 880	2,26	8,23	7 982	683	27,41
Bayern LB	11 501	316 354	123 850	15 818	4 317	3,64	9,29	11 147	-	39,15
Nord LB	3 974	228 586	86 850	11 429	7 455	1,74	4,58	7 817	3 843	37,99
WestLB	4 218	191 523	48 615	9 576	5 358	2,20	8,68	4 375	157	25,38
HSH Nordbank	4 434	150 930	41 388	7 547	3 113	2,94	10,71	3 725	-	27,42
Landesbank Berlin	5 162	133 861	35 257	6 693	1 531	3,86	14,64	3 173	-	26,34
<b>Zusammen</b>	<b>109 054</b>	<b>4 724 195</b>	<b>1 178 941</b>	<b>236 210</b>	<b>127 156</b>	<b>2,31</b>	<b>9,25</b>	<b>106 105</b>	<b>6 541</b>	<b>24,96</b>
<b>Baseline-Szenario 2011</b>										
Deutsche Bank	33 590	1 905 630	422 046	95 282	61 692	1,76	7,96	37 984	4 394	22,15
Commerzbank	23 066	730 467	277 176	36 523	13 457	3,16	8,32	24 946	1 880	37,95
LBBW	10 188	356 383	123 265	17 819	7 631	2,86	8,27	11 094	906	34,59
HRE-Gruppe	3 549	328 119	20 767	16 406	12 857	1,08	17,09	1 869	-	6,33
DZ Bank AG	9 062	323 578	96 386	16 179	7 117	2,80	9,40	8 675	-	29,79
Bayern LB	11 522	316 354	126 982	15 818	4 296	3,64	9,07	11 428	-	40,14
Nord LB	6 580	228 586	95 548	11 429	4 849	2,88	6,89	8 599	2 019	41,80
WestLB	4 390	190 935	49 820	9 547	5 157	2,30	8,81	4 484	94	26,09
HSH Nordbank	4 204	150 930	40 597	7 547	3 343	2,79	10,36	3 654	-	26,90
Landesbank Berlin	5 276	133 861	38 214	6 693	1 417	3,94	13,81	3 439	-	28,55
<b>Zusammen</b>	<b>111 427</b>	<b>4 664 843</b>	<b>1 290 801</b>	<b>233 242</b>	<b>121 815</b>	<b>2,39</b>	<b>8,63</b>	<b>116 172</b>	<b>9 293</b>	<b>27,67</b>
<b>Baseline-Szenario 2012</b>										
Deutsche Bank	37 091	1 905 630	435 101	95 282	58 191	1,95	8,52	39 159	2 068	22,83
Commerzbank	24 299	711 764	273 520	35 588	11 289	3,41	8,88	24 617	318	38,43
LBBW	10 106	339 981	110 670	16 999	6 893	2,97	9,13	9 960	-	32,55
HRE-Gruppe	3 124	328 119	21 064	16 406	13 282	0,95	14,83	1 896	-	6,42
DZ Bank AG	9 544	323 578	100 924	16 179	6 635	2,95	9,46	9 083	-	31,19
Bayern LB	11 541	316 354	127 849	15 818	4 277	3,65	9,03	11 506	-	40,41
Nord LB	6 777	228 586	100 275	11 429	4 652	2,96	6,76	9 025	2 248	43,87
WestLB	4 390	190 393	50 074	9 520	5 130	2,31	8,77	4 507	117	26,30
HSH Nordbank	4 305	150 930	40 918	7 547	3 242	2,85	10,52	3 683	-	27,11
Landesbank Berlin	5 386	133 861	38 883	6 693	1 307	4,02	13,85	3 499	-	29,05
<b>Zusammen</b>	<b>116 563</b>	<b>4 629 196</b>	<b>1 299 278</b>	<b>231 460</b>	<b>114 897</b>	<b>2,52</b>	<b>8,97</b>	<b>116 935</b>	<b>4 750</b>	<b>28,07</b>

<sup>1</sup> Berechnet auf der Basis des harten Kernkapitals.

Quelle: EBA, stress-test.eba.europa.eu/.

© DIW Berlin 2011

Einigen deutschen Großbanken mangelt es immer noch an Eigenkapital.

**Die Leverage Ratio ist ein besseres Risikomaß als die Equity Ratio**

Mit der Risikogewichtung sind mehrere Probleme verbunden. So können Banken innerhalb des Baseler Regelwerks ihre Risiken selbst einschätzen, wenn sie sich die eigenen Risikoschätzmodelle von der Aufsicht genehmigen lassen. Eine niedrige Risikogewichtung zieht niedrige notwendige Eigenkapitalsummen nach sich. Da dies in guten Zeiten die Eigenkapitalrendite via Leverage-Effekt nach oben treibt, besteht für das Management bei entsprechenden Bonissystemen ein inherenter

Anreiz, alle Spielräume zum Zweck einer niedrigen Risikogewichtung zu nutzen. Diesen Verdacht hegt zur Zeit auch manche nationale Aufsicht. Zum Beispiel lässt die Bafin prüfen, ob es bei den Banken, die interne Risikomodelle anwenden, nicht zu einer Überdehnung dieser Spielräume gekommen ist.<sup>11</sup> In der Schweiz

<sup>11</sup> Siehe zum Beispiel: Risiko-Berechnungen – Banken wettern gegen strenge BaFin-Kontrollen. Handelsblatt vom 11. September 2011, [www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/banken-wettern-gegen-strenge-bafin-kontrollen/4599028.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/banken-wettern-gegen-strenge-bafin-kontrollen/4599028.html).

Tabelle 3

**Equity Ratio, Leverage Ratio und Kapitalbedarf<sup>1</sup> – Adverse-Szenarien**

In Millionen Euro

	Kernkapital (Core-Tier)	Bilanzsumme (Total Assets)	Risikogewichtete Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA)	Bei einem Leverage von fünf Prozent		Tatsäch- liches Leverage in Prozent	Harte Kernkapital- quote in Prozent	Bei harter Kernkapitalquote von neun Prozent		Risikogewichtete Aktiva im Verhältnis zur Bilanzsumme in Prozent
				Notwendiges Kernkapital	Kapital- bedarf			Notwendiges Kernkapital	Kapital- bedarf	
<b>Adverse-Szenario 2011</b>										
Deutsche Bank	31 458	1 905 630	467 396	95 282	63 824	1,65	6,73	42 066	10 608	24,53
Commerzbank	20 449	730 467	300 826	36 523	16 074	2,80	6,80	27 074	6 625	41,18
LBBW	9 458	356 383	132 450	17 819	8 361	2,65	7,14	11 921	2 463	37,17
HRE-Gruppe	3 055	328 119	24 283	16 406	13 351	0,93	12,58	2 185	-	7,40
DZ Bank AG	8 590	323 578	108 230	16 179	7 589	2,65	7,94	9 741	1 151	33,45
Bayern LB	10 651	316 354	131 835	15 818	5 167	3,37	8,08	11 865	1 214	41,67
Nord LB	6 517	228 586	104 891	11 429	4 912	2,85	6,21	9 440	2 923	45,89
WestLB	4 388	190 775	59 764	9 539	5 151	2,30	7,34	5 379	991	31,33
HSH Nordbank	4 367	150 930	44 569	7 547	3 180	2,89	9,80	4 011	-	29,53
Landesbank Berlin	5 091	133 861	48 834	6 693	1 602	3,80	10,43	4 395	-	36,48
<b>Zusammen</b>	<b>104 024</b>	<b>4 664 683</b>	<b>1 423 078</b>	<b>233 234</b>	<b>129 210</b>	<b>2,23</b>	<b>7,31</b>	<b>128 077</b>	<b>25 974</b>	<b>30,51</b>
<b>Adverse-Szenario 2012</b>										
Deutsche Bank	32 721	1 905 630	499 897	95 282	62 561	1,72	6,55	44 991	12 270	26,23
Commerzbank	19 802	711 764	310 726	35 588	15 786	2,78	6,37	27 965	8 163	43,66
LBBW	8 851	339 981	124 086	16 999	8 148	2,60	7,13	11 168	2 317	36,50
HRE-Gruppe	2 378	328 119	23 711	16 406	14 028	0,72	10,03	2 134	-	7,23
DZ Bank AG	8 601	323 578	124 052	16 179	7 578	2,66	6,93	11 165	2 564	38,34
Bayern LB	9 583	316 354	134 536	15 818	6 235	3,03	7,12	12 108	2 525	42,53
Nord LB	6 006	228 586	107 861	11 429	5 423	2,63	5,57	9 707	3 701	47,19
WestLB	4 160	190 011	67 970	9 501	5 341	2,19	6,12	6 117	1 957	35,77
HSH Nordbank	3 951	150 930	71 504	7 547	3 596	2,62	5,53	6 435	2 484	47,38
Landesbank Berlin	5 090	133 861	48 790	6 693	1 603	3,80	10,43	4 391	-	36,45
<b>Zusammen</b>	<b>101 143</b>	<b>4 628 814</b>	<b>1 513 133</b>	<b>231 441</b>	<b>130 298</b>	<b>2,19</b>	<b>6,68</b>	<b>136 182</b>	<b>35 982</b>	<b>32,69</b>

<sup>1</sup> Berechnet auf der Basis des harten Kernkapitals.

Quelle: EBA, stress-test.eba.europa.eu/.

© DIW Berlin 2011

**Der Mangel an Eigenkapital ist teilweise beträchtlich.**

hat die Aufsicht explizit auf die Einführung einer Leverage Ratio von fünf Prozent gedrungen, um den Unzulänglichkeiten der Risikogewichtung durch die Banken selbst ein Korrektiv entgegenzusetzen.<sup>12</sup>

Die Alternative zur internen Berechnung der Risikogewichte sind externe Risikonoten. Das Ausweichen auf diese ist jedoch ebenfalls mit einem gravierenden Nachteil verbunden. Es verstärkt die ohnehin große Abhängigkeit von externen Rating-Urteilen und bedeutet mit großer Wahrscheinlichkeit eine weitere Machtzunahme für die „Großen Drei“. Der Marktanteil von Standard&Poors, Moody's und Fitch liegt im Ratingmarkt ohnehin bei über 90 Prozent.

Weil die Fehlrteile der Rating-Agenturen die Finanzkrise wesentlich verursacht haben und die Urteilsfindung der „Großen Drei“ auch in der gegenwärtigen

Schuldenkrise sehr intransparent ist, herrscht das Bestreben vor, die Abhängigkeit von dem Rating-Oligopol in der Bankenregulierung eher zu vermindern.

Schließlich bewirkt die herrschende Praxis der Risikogewichtung eine Diskriminierung unter den Vermögenswerten mit unerwünschten Folgen. Beispielsweise schafft sie einen inhärenten Anreiz, aufgenommene Mittel in europäische Staatsanleihen zu investieren, anstatt in Unternehmensfinanzierung. Ersteres schadet der Eigenkapitalrendite nicht, denn diese Investition erfordert keine Aufstockung des Eigenkapitals. Wohingegen Kreditvergabe an Unternehmen der Eigenkapitalrendite schadet, da dann auch mehr Eigenkapital notwendig wird.

Für die praktizierte Risikogewichtung mag ins Feld geführt werden, Staatsanleihen seien sicherer als Unternehmenskredite, weil ganze Volkswirtschaften dahinter stehen. Das Risikogewicht und damit die Eigenkapitalneutralität sei folglich gerechtfertigt. In der seit 2007

<sup>12</sup> Eidgenössische Bankenaufsicht, www.finma.ch.

währenden Finanzkrise hat sich allerdings immer wieder herausgestellt, dass der Markt für kurzfristige Finanzierungen sehr schnell austrocknen kann. Wenn eine Bank also langfristige Investitionen in Staatsanleihen sehr kurzfristig über Geldmarktfonds oder andere Banken finanziert, muss sie die Kredite ständig weiterwälzen. Bei einer Austrocknung des Marktes ist dies nicht mehr möglich und der Bank droht die Illiquidität, unabhängig vom Risikogewicht des Vermögenswertes.

Der Anreiz zur Kurzfristfinanzierung ist gegeben, wenn die kurzfristige Verzinsung – wie es in der Regel der Fall ist – niedriger ist als die langfristige. Vor der Finanzkrise haben Banken beispielsweise über ihre Investmentvehikel stark in lange laufende, hoch verzinsliche Kreditderivate investiert und diese mit der Emission von niedrig verzinslichen Kurzläufnern oder mit kurzfristigen Interbankenkrediten finanziert. Auch die vor kurzem verstaatlichte Dexia-Bank hat langfristige Kommunalanleihen wohl substantiell mit Kurzfristkrediten von US-amerikanischen Geldmarktfonds finanziert. Diese Kredite konnten nicht mehr weitergewälzt werden, weil die Geldmarktfonds das Vertrauen in die Stabilität der Bank verloren hatten.

Die europäischen Banken haben sich teilweise sehr weit von dem traditionellen Geschäftsmodell einer Bank entfernt. Innerhalb des traditionellen Modells ist es eher gerechtfertigt, anzunehmen, dass immer genügend Spareinlagen in genügend langer Frist zur Finanzierung der Langfristinvestitionen vorhanden sind. Bei einer großen Abhängigkeit von marktvermittelten Kurzfristfinanzierungen ist jedoch das Risiko der in kurzen Abständen wiederkehrenden „Krise bei Fälligkeit“ allgegenwärtig. Ein Risikogewicht von null für lange laufende EU-Staatsanleihen setzt folglich falsche Anreize und diskriminiert die Unternehmensfinanzierung. Es kommt zu einem Crowding-Out bedingt durch eine unterschiedliche Eigenkapitalunterlegung.

Die unterschiedliche Behandlung von Unternehmens- und Staatsfinanzierung bei der Risikogewichtung hat auch ungewollte Konsequenzen, wenn eine starke Erhöhung der harten Kernkapitalquote angestrebt wird, wie es jetzt in der Eurozone der Fall ist. Eine Erhöhung der harten Kernkapitalquote lässt sich auf zweierlei Arten erreichen:

- Die Banken besorgen sich entweder auf privatem Weg oder über den Staat mehr Eigenkapital. Sie erhöhen also den Zähler der Equity Ratio und erfüllen so die verschärften Bedingungen.
- Die Banken reduzieren ihre risikogewichteten Vermögenswerte. Dieses Ziel erreichen sie, indem Kredite oder Wertpapiere mit einem positiven Risikogewicht verkauft werden oder das risikogewichtete

Neugeschäft eingeschränkt wird. Das ist gleichbedeutend mit einer Reduzierung des Nenners der harten Kernkapitalquote.

Der erste Weg ist für Banken aus mehreren Gründen nicht attraktiv: (1) Zusätzliches Eigenkapital ist schwer zu besorgen. Gerade in Deutschland mit seiner schwachen Börsenkapitalisierung ist die Attrahierung von Eigenkapital schwierig und daher vergleichsweise teuer. (2) Der Leverage-Effekt ist tangiert. Durch die Erhöhung des Eigenkapitals sinkt tendenziell die Eigenkapitalrendite. (3) Mit zusätzlichem staatlichem Eigenkapital, in Deutschland könnte dies zum Beispiel von einem wiederbelebten SoFFin stammen, gehen zahlreiche Beschränkungen einher. So ist das Gehalt der Vorstände auf 500 000 Euro beschränkt, es darf keine Ausschüttung von Dividenden und Boni stattfinden, und bestimmte Vorgaben für die Geschäftspolitik müssen eingehalten werden. Auch ist der Staat als mächtiger Aktionär möglicherweise gefürchtet.

Damit rückt die zweite Möglichkeit zur Erhöhung der Kernkapitalquote ins Blickfeld. Was bedeutet dies unter dem momentan herrschenden Regime der Risikogewichtung und der Fokussierung auf die harte Kernkapitalquote? Nur die Einschränkung der risikogewichteten Aktiva wie der Verkauf von Unternehmenskrediten oder eine geringere Vergabe von neuen Immobilienkrediten reduziert den Nenner und verhilft zu einer höheren harten Kernkapitalquote. Der Verkauf von EU-Staatsanleihen hat hingegen wegen des Risikogewichtes von null bislang keine Auswirkungen auf den Nenner der harten Kernkapitalquote. Damit entsteht unter dem Regime der Risikogewichtung ein ungewünschter Effekt. Die Intention, die Banken wegen der Gefahr von Wertberichtigungen bei EU-Staatsanleihen zu einer höheren Kernkapitalquote zu zwingen, schlägt womöglich stark auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Haushalten durch. Denn das sind ja die Vermögenswerte mit einem positiven Risikogewicht.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Gemäß EBA sollen die Banken ihre Kapitalpositionen durch den Aufbau einer provisorischen Eigenkapitaldecke speziell zur Absicherung des Staatenrisikos verbessern. Darüber hinaus müssen die Banken eine Kernkapitalquote von neun Prozent erreichen. Von den Banken wird erwartet, dass die Eigenkapitalstärkung bis Ende Juni 2012 durchgeführt ist. Beim Kapitalpuffer für Staatsanleihen handelt es sich jedoch um einen sogenannten indikativen Puffer, also eher um einen Richtwert als um eine zwingende Regulierung. Die EBA hat für die deutschen Banken als Richtwert gut sieben Milliarden Euro zusätzlich zur Unterlegung des Staatenrisikos genannt. Der Richtwert ist jedoch gegenstandslos, wenn die Kernkapitalquote bereits neun Prozent übersteigt. Vgl. [www.eba.europa.eu/News-Communications/Year/2011/The-EBA-details-the-EU-measures-to-restore-confide.aspx](http://www.eba.europa.eu/News-Communications/Year/2011/The-EBA-details-the-EU-measures-to-restore-confide.aspx).

## Verzicht auf die Risikogewichtung beseitigt das Problem

Bei Verwendung der Leverage Ratio als Risikomaß entfiele die Notwendigkeit der Risikogewichtung mit anfälligen internen Rating-Modellen ebenso wie die Abhängigkeit von Rating-Agenturen.

- Es gäbe keine Diskriminierung der unterschiedlichen Vermögenswerte mehr. Bezüglich der Eigenkapitalunterlegung würde die Staatsanleihe genauso behandelt werden, wie der Unternehmenskredit.
- Geplante Erhöhungen der Leverage Ratio würden keinen Anreiz setzen, bestimmte Geschäfte abzubauen. Will die Bank den Weg der Nennerreduzierung beschreiten, ist es bei der Leverage Ratio egal, ob Staatsanleihen oder Unternehmenskredite verkauft werden.

Schließlich sollte berücksichtigt werden, dass allein die Leverage Ratio dem Bilanzwachstum Einhalt gebieten kann. Bei der Leverage Ratio muss sich die Bank für jeden Typ von Investition Eigenkapital besorgen und nicht nur für die risikogewichtete Investition. Eigenkapital ist

knapp und diese Knappheit setzt dem Bilanzwachstum Grenzen. Im Krisenfall einer Großbank steht der Steuerzahler nicht nur für die risikogewichteten Assets im Obligo, sondern für die gesamte Bilanzsumme. Daher sollte der Steuerzahler auch ein Interesse an der Bilanzsummenbegrenzung und damit an einer vergleichsweise hohen Leverage Ratio haben. Ein Hebel von  $1/33$  wie in Basel III vorgesehen, erscheint zu hoch. Zum Beispiel hatte der 1998 insolvent gewordene Hedgefonds Longterm Capital Management zu Beginn des Jahres 1998 einen Hebel von etwa  $1/25$ : Fünf Milliarden US-Dollar Eigenkapital standen etwa 125 Milliarden US-Dollar Kredit gegenüber. Zumindest sollte dem Beispiel der Schweiz gefolgt werden, die ihre Großbanken zu einer Leverage Ratio von fünf Prozent verpflichtet hat. Das entspricht einem Hebel von  $1/20$ . Auf der Basis der Daten des regulären Stresstests vom Sommer 2011 bedeutet das für die zehn größten teilnehmenden deutschen Banken allerdings einen Kapitalbedarf, der im dreistelligen Milliardenbereich liegt. Das ist eine andere Dimension als der jetzt beim Ad-hoc-Stresstest ermittelte – auf eine harte Kernkapitalquote von neun Prozent bezogene – Kapitalbedarf von etwas über fünf Milliarden Euro für die deutschen Großbanken.

Prof. Dr. Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin | [dschaefer@diw.de](mailto:dschaefer@diw.de)

JEL Classification: G21, G32, N20  
Keywords: Banks, Basel III, Too-big-to-fail





DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
78. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spielf  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Sabine Fiedler

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
PD Dr. Elke Holst  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner  
Dr. Markus M. Grabka

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.